

Interview mit Benny Peiser, Gründer der GWPF



Benny Peiser, Direktor der Global Warming Policy Foundation

Das scheiternde Modell grüner Energie in Europa hat eine grüne Elite immer reicher gemacht, während Millionen in die Energiearmut gefallen sind.

Frontier Centre (FC): Warum haben Sie eine Global Warming Policy Foundation ins Leben gerufen?

Benny Peiser (BP): Nun, das war wichtig, weil es einfach keinerlei Debatte irgendeiner Art in UK gab. Zur Zeit der Gründung im Jahr 2009 stimmten alle Parteien vollständig überein. Fast alle Bereiche der Medien stimmten vollständig überein. Wir hielten das für ungesund. Wir waren davon überzeugt, dass wir einer lebhaften Debatte bedürfen, und das ist das Hauptziel unserer Organisation.

FC: Warum aber haben Europa und UK den Gedanken einer vom Menschen verursachten Klimaänderung so umfassend begrüßt?

BP: Es ist nicht nur UK. Es ist ganz Europa. Die Angst vor der Klimaänderung ist aus einer ganzen Reihe von Gründen zu einer kollektiven Besessenheit geworden. Die Medien machten aus offensichtlichen Gründen einen Hype daraus, die Wissenschaftler auch. Dann nahm diese Angst die Vorstellung weiter Teile der Gesellschaft gefangen, aber niemand wollte sich die Mühe machen, die ureigene Grundlage dieser Angst genau zu untersuchen. Wir glaubten, dass wir beides machen müssen: a) Sehr sorgfältig auf die Behauptungen und die Vorhersagen schauen; nicht so sehr auf die Wissenschaft, sondern mehr auf die Art von Behauptungen, in denen es darum geht, was in der Zukunft passiert und b) im Besonderen, welche ökonomischen Kosten die politischen Maßnahmen nach sich ziehen, die eingeführt und gefördert worden sind.

FC: Sie haben in ihren Ausführungen erwähnt, dass die Politik die größte Umverteilung von Wohlstand von unten nach oben, von den Armen zu den Reichen involviert. Können Sie das näher ausführen?

BP: Wir sprechen über einen Wohlstands-Transfer in einer Größenordnung von etwa 600 Milliarden Euro während der letzten acht Jahre. An grüne Investoren, hauptsächlich Landbesitzer und sehr wohlhabende Familien, die große Solarpaneele auf ihre Dächer montiert haben, wurden umfangreiche Subventionen

gezahlt. Diese 600 Milliarden Euro mussten von normalen Familien und kleinen bis mittleren Unternehmen aufgebracht und an die privilegiertesten Mitglieder der europäischen Gesellschaft gezahlt werden. Das ist der größte Wohlstands-Transfer im modernen Europa seit sehr, sehr langer Zeit, wenn nicht jemals.

FC: Sie beleuchteten die Ironie in den USA, in denen es keine Politik zur Klimaänderung gibt und der Ausstoß von Treibhausgasen trotzdem abnimmt, während in Europa die Emissionen steigen trotz der eigenen interventionistischen Politik.

BP: Nun, es ist sozusagen geologisches Glück für Amerika, dass all diese riesigen Reserven von Schiefergas entdeckt worden sind, und zwar nicht als Ergebnis der Politik der Regierung. Tatsächlich wäre die Regierung vielleicht sogar zögerlicher gewesen als der private Sektor bei der Ausbeutung der Schieferreserven, aber als eine direkte Folge der Funde dieser überaus ergiebigen Form von Erdgas wurde Gas so billig, dass sie im Wettbewerb mit Kohle bestehen konnte. Es gibt in den USA eine starke Bewegung von Kohle- zu Gaskraftwerken. Dies ist aus sich selbst heraus verantwortlich für den signifikanten CO₂-Rückgang in den USA. In Europa war man dagegen bislang sehr gegen die Extraktion von Schiefergas und setzt auf Kohle. Daher das entgegengesetzte Ergebnis.

FC: Es wurde gesagt, dass ‚grün das neue rot ist‘. Tatsächlich hat ein Landsmann von Ihnen ein Buch über die Wassermelonen geschrieben. Es scheint auch eine Verbindung zu geben zwischen dieser Art der Bewegung und der Besessenheit von Planung. War dies Teil Ihrer Observierung als ein sozialer Wissenschaftler?

BP: Nun, es wäre für uns alle viel einfacher, wenn es lediglich um einen Fall für die Linken geht, die sich dieses Themas annehmen. Unglücklicherweise befürwortet in Europa aber leider *jede* Partei egal welcher politischen Überzeugungen die Planwirtschaft und ist grün geworden. Es ist überhaupt keine Angelegenheit der Linken in Europa. Es ist vollständig und total von allen Parteien begrüßt worden, und die Rechten brennen genauso auf die Planwirtschaft wie die Linken. [Hervorhebung vom Übersetzer!]

FC: Bleiben wir noch einen Moment bei diesem Aspekt. Eine der vielen Dinge, die Sie in ihrem Vortrag angesprochen haben und die die Leute beeindruckt haben, war diese Analogie zur Religion. Sie sprachen über Kreuzfixe und Schiefergas. Es weckt Assoziationen zu „The Pursuit of the Millennium“ von Norman Cohn. Können Sie dazu noch etwas sagen?

BP: Offensichtlich gibt es viele Ähnlichkeiten zwischen der Hysterie um die globale Erwärmung einschließlich des salvationistischen Armes der Angst. Einerseits gibt es die Befürchtung, dass wir vor dem Untergang stehen. Andererseits lautet die salvationistische Lösung, Windparks zu errichten. Also gibt es sehr viele Ähnlichkeiten zwischen einer Bewegung über die Jahrtausende, die während ihrer gesamten Geschichte säkulare Bewegungen wie den Kommunismus einschließt, in dem ein Hype um die Angst erzeugt wird und eine salvationistische und utopische Lösung angeboten wird. In fast allen diesen Fällen ist es die Elite, die die Angst befeuert und die Lösung vorschlägt, und es ist die Elite, die von diesen Lösungen profitiert. Die einzigen

Menschen in Europa, die wirklich riesige Profite daraus schlagen, sind grüne Investoren. Das sind weniger als 1%. Drückt man das in der Sprache der Wall Street aus, würde man sagen, dass es weniger als 1% der Bevölkerung ist, der riesige Summen Geldes auf dem Rücken dieser Angst verdient.

FC: Die Klimamodelle funktionieren nicht, und da gibt es diese schlimme Stille da draußen darüber. Sie sagen 2 Grad Erwärmung voraus, die nicht eintreten. CO2 steigt, aber wir haben sehr kaltes Wetter. Glauben Sie, dass die Medien eventuell einräumen werden, dass die Fakten einfach nicht zur Theorie passen?

BP: Die Medien in UK sind geteilt. Ich glaube nicht, dass irgendein anderes Land als UK eine so lebhaftere Medienszene aufweist. Die Medien sind extrem geteilt. Es gibt die Mitte-Rechts-Medien, einige der nationalen Zeitungen, die Murdoch-Veröffentlichungen, die viel skeptischer sind und genau darüber schreiben, was Sie fragen zu den Diskrepanzen zwischen den Modellen und den Vorhersagen und der Realität. Dann gibt es da die Mitte-Links-Medien einschließlich der BBC, die immer sehr zögerlich waren, über irgendetwas zu berichten, was dem grünen Narrativ widersprach. Das meine ich mit geteilt, aber die Tatsache, dass man sehr signifikante Sektionen der Medien hat, die sehr kritisch sind, macht den ganzen Unterschied aus. Das hat die Parlamentsabgeordneten beeinflusst, sehr viele von ihnen, und diese sagen jetzt, dass man etwas hinsichtlich der Kosten unternehmen müsse.

FC: Wir haben in Kanada Politiker, die immer noch Kohlenstoffsteuern erheben und sogar einen Zertifikatehandel einführen wollen. Aber Ihrer Geschichte von Europa zufolge sind die dortigen Folgen nicht ermutigend. Was geschah mit dem Zertifikatehandel und Kohlenstoffsteuern in Europa?

BP: Nun, der ist im Wesentlichen zusammen gebrochen. Das ganze System des Emissionshandels ist vollständig zusammen gebrochen, und zwar inzwischen bis zu einem Ausmaß, dass das Europaparlament nicht länger gewillt ist, dieses System noch zu retten. Ein wichtiges Ereignis fand erst vor etwa vier Wochen statt – das war wie ein Alarmruf, dass Europa nicht länger gewillt ist, egal was es kostet, das sinkende Flaggschiff der europäischen Klimapolitik, nämlich den Emissionshandel zu unterstützen. Dieser ist vollständig und total gescheitert. Also lautet die Botschaft an das kanadische Publikum, wer immer dort es hören will, dass man sich anschauen muss, was in Europa passiert und nicht die gleichen Fehler wie dort zu wiederholen. Man sei vorsichtiger und stürze sich nicht in Risiken. Man warte ab und lerne seine Lektion aus dem Scheitern in Europa, das vollständige Scheitern der europäischen Klimapolitik.

FC: Wir haben einige Provinzen, besonders British Columbia, die eine Kohlenstoffsteuer eingeführt haben. Das ist politisch korrekt, und viele Politiker scheinen das zu begrüßen. Sind Sie skeptisch hinsichtlich der Idee einer Kohlenstoffsteuer?

BP: Nein, jedenfalls nicht aus Prinzip. Tatsächlich werden wir demnächst einen Bericht zu einer Kohlenstoffsteuer von Ross McKittrick veröffentlichen. Wenn man wirklich ernsthaft das Problem der globalen Erwärmung angehen will, würde man eigentlich die Steuer an die Temperatur koppeln und sagen: Wenn es

wirklich ein reales Problem mit der globalen Erwärmung gibt, steigt die Steuer, und wenn das nicht der Fall ist, gibt es keine Steuer. Also können beide Seiten im Prinzip mit diesem Gedanken zufrieden sein. Offensichtlich würde keine Regierung jemals eine Steuer einführen, bei der die Temperatur anstatt des Finanzministers den Finger am Griff dieser Steuer hat. Aber eine solche Politik würde mit Sicherheit die grüne Lobby herausfordern und zeigen, dass deren politische Maßnahmen wenig sinnvoll sind und dass man tatsächlich eine kosteneffektive Lösung finden muss, um das Problem der globalen Erwärmung anzugehen. Kurz gesagt, ich bin nicht aus Prinzip gegen eine Kohlenstoffsteuer, aber sie muss auf eine Art und Weise eingeführt werden, die ökonomisch Sinn macht und es dabei tatsächlich um diese Angelegenheit geht. Man will etwas gegen die globale Erwärmung tun? Dann muss die Steuer a) mit dem Problem verknüpft werden und b), wenn es kein Problem gibt, soll es auch keine Steuer geben, und c) sie muss ggf. international kommen. Es ist nicht gut, das als Einzelner einzuführen. Was in Europa und speziell in UK im Wesentlichen passiert ist, dass wir unsere Emissionen via Industrieproduktion dort nach China exportiert haben. Von dort kommen jetzt alle CO₂-Emissionen. Wir importieren dann die fertig hergestellten Produkte, haben aber die Emissionen exportiert. Wir haben die Emissionen ausgesondert, indem wir den Herstellungsprozess ausgesondert haben. Es gibt keine Auswirkungen auf die CO₂-Emissionen, wenn man diese einfach woanders hin auslagert.

FC: Sie haben heute erwähnt, dass heute wegen dieser politischen Maßnahmen in England 30000 Menschen zusätzlich sterben.

BP: Nicht wegen dieser Maßnahmen. Sie sterben, weil ihre Wohnungen in England nicht mehr ordentlich beheizt sind. Das war zwar schon vor Einführung dieser Maßnahmen der Fall, aber nach der Einführung ist dieses Problem erheblich schlimmer geworden. Immer mehr Familien kämpfen mit enormen Anstiegen der Energiepreise, was es für diese Menschen immer schwieriger macht, ihre Wohnungen während kalter Winter ausreichend zu heizen. Dann gibt es Wintertote.

FC: Die kanadische Regierung arbeitet weiterhin mit dem Narrativ der Warmisten, nämlich dass CO₂ ein Problem ist und dass wir unsere Emissionen reduzieren müssen. Wir nennen es eine Kopf-in-den-Sand-Strategie, denn man kann das nicht tun, wenn das Narrativ falsch ist. Haben Sie irgendwelche anderen Vorschläge an die Regierung?

BP: Der Schlüsselgrundsatz, dem die GWPF in UK folgt, lautet: Seht, es geht nicht um die Wissenschaft. Die Wissenschaft ist zweitrangig. Es geht hauptsächlich um Klimapolitik und die Kosten dieser Politik und deren Maßnahmen, die man einführt. Kurz gesagt, die Maßnahmen müssen sinnvoll sein. Wenn man also der globalen Erwärmung entgegen treten will, muss man zuallererst ein internationales Abkommen haben. Ist dieses nicht vorhanden, werden einseitige Maßnahmen keine Auswirkungen irgendwelcher Art auf CO₂ oder Emissionen oder das Wetter haben. Folgen Sie also nicht einseitigen Zielen, die Sie einseitig schädigen. Wenn man umweltfreundliche Maßnahmen ergreifen will, mache man das so, dass die Menschen davon profitieren. Und nicht so, dass die Menschen geschädigt werden. Das ist eine ganz andere Vorgehensweise. Wir sagen nicht: lassen Sie das, weil die Wissenschaft zweifelhaft ist, weil kein politischer Entscheidungsträger das heute so sagen würde – mit nur sehr,

sehr wenigen Ausnahmen. Es bedarf eines sehr, sehr exzentrischen Politikers, wenn dieser sagt: Sehen Sie, ich höre dem Wissenschafts-Berater und der wissenschaftlichen Gemeinschaft nicht zu, weil ich es besser weiß. Ich weiß, dass die Wissenschaft zweifelhaft ist, darum werde ich die Politik ändern. Das ist keine ausreichende Basis für einen rationalen Politiker. Man muss sehr logisch und ökonomisch einwandfrei klingende Argumente haben, warum man bestimmte Maßnahmen übernimmt und warum man andere Maßnahmen ablehnt – unabhängig vom Stand der Wissenschaft. Schließlich könnte es weitere zehn oder zwanzig Jahre dauern, bevor wir besser wissen, wie gut die Wissenschaft ist. Soweit ich weiß, kann es in beide Richtungen gehen. Ich sage nicht, dass die Skeptiker recht haben und das konventionelle Wissen falsch ist. Wer bin ich, dass ich eine solche Entscheidung treffen kann? Es kann sein, dass beide Seiten falsch liegen, aber wir sind noch nicht an einem Punkt, wo die Richtung eindeutig feststeht.

FC: Sie haben heute über Glaubenssysteme gesprochen und den Terminus ‚religiöser Kult‘ benutzt sowie Parallelen zum Sozialismus gezogen. Können Sie das näher ausführen?

BP: Nun, die Parallele zum Sozialismus ist ziemlich geradlinig. Es ist, als ob es die Regierung am besten weiß, die Regierung wird dies oder das verwerfen, die Regierung wird im Voraus planen und sie wird Gewinner aussuchen. Es ist der Gedanke der Regierungs-Planung, und Regierungspläne und –ziele sind Lösungen eines komplexen Systems, und diese Planwirtschaft haben eine armselige Geschichte hinter sich, und ich sehe keinerlei Gründe, warum es diesmal besser laufen soll als die vielen Fiaskos, zu denen es dabei in der Vergangenheit gekommen war. Hier also kommt die Gleichartigkeit zur alten, sozialistischen Planwirtschaft ins Spiel. Ausgedrückt mit Termini eines religiösen Glaubenssystems ist es der Unwille zu Diskussionen; es ist wie ein Dogma, das man nicht in Frage stellen kann. In einer offenen Gesellschaft sollte es keine Dogmen geben, schon gar nicht in der Wissenschaft, der Wirtschaft oder bei politischen Entscheidungen. Die Tatsache, dass sie nicht willens sind, in eine offene Debatte einzutreten, ist ein Hinweis darauf, dass sie die ganze Sache von einer genauen Prüfung ausschließen wollen, und das ist ein typisches Anzeichen von Engstirnigkeit und ein religiöses Zeichen von Glaube oder einem Glaubenssystem.

Sie haben kurz den Schaden für den wissenschaftlichen Prozess gestreift. Können Sie dazu noch ein paar Worte sagen?

BP: Nun, meiner Ansicht nach hat die wissenschaftliche Gemeinschaft einen schlimmen Fehler gemacht, als sie eine starke und einseitige Sicht von einer hoch komplexen und umstrittenen Angelegenheit übernommen hat, die alles andere als settled ist. Ich sage nicht, dass ich die richtige Antwort kenne, aber ich bin ziemlich sicher, dass diese Debatte alles andere als abgeschlossen ist. Es gibt noch viel zu viele offene Fragen. Einige Fragen können gelöst sein, aber die sind irrelevant im Vergleich zu der über allem stehenden Frage hinsichtlich der nächsten 100 Jahre. Vor allem hinsichtlich der Frage, ob die Klimaänderung zu irgendwelchen signifikanten Katastrophen führt oder nicht. Nach allem, was ich weiß, wäre ein wenig Erwärmung sehr vorteilhaft und könnte viel Gutes bewirken. Ein wenig Erwärmung war während ihrer gesamten Geschichte für die Gesellschaft vorteilhaft. Es ist das Niveau

und die Breite der künftigen Erwärmung – ich denke, dass es hier keinerlei Übereinstimmung irgendeiner Art gibt. Selbst wenn man die grundlegendsten physikalischen Phänomene akzeptiert, ist es alles andere als klar, was das langfristig bedeutet.

FC: Können Sie abschätzen, ob sich Europa jemals aus diesem selbst geschaffenen Loch herausziehen kann?

BP: Man scheint in Europa hinsichtlich einiger einseitiger politischer Maßnahmen zurückzurudern. Politische Entscheidungsträger überlegen sich jetzt, die grüne Dekarbonisierungs-Agenda zu verlangsamen. Aber wenn Europa auf diesem einseitigen Weg weiter vorangeht, dann, so glaube ich, haben sie dort kaum eine Chance im internationalen Wettbewerb des 21. Jahrhunderts.

FC: Vielen Dank!

[View as PDF](#) (3 pages)

Link: <http://www.fcpp.org/publication.php/4586>

Übersetzt von Chris Frey EIKE